

[ Wirtschaft &amp; Politik ]

# Reformbedarf im Justizwesen

## Fortschrittsbericht der EU bemängelt Rechtsprechung und Korruptionsbekämpfung

Von Daniel Gros

**„Serbien wird die Interessen der EU respektieren, aber auch auf eigene Bedürfnisse achten“, kommentierte der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić erst kürzlich die Frage, wie sich Serbien in der Ukraine-Krise verhalten wird. Serbien steuere Richtung EU und werde nicht als Schlupfloch dienen. Eigene Sanktionen gegen Russland werde es nicht geben.**

Vor allem das Freihandelsabkommen mit Russland, das im August 2000 unterzeichnet wurde, stärkt Serbiens Position am internationalen Markt. In Anbetracht der derzeitigen politischen Geschehnisse ist dies nicht unwichtig, zumal Serbien einen geopolitischen Vorteil hat und als Produktionsstandort mit geringen Kosten genutzt werden kann. Der russische Markt ist für Unternehmen aus der Europäischen Union von besonderer Bedeutung, was Serbien zuweilen als „Schlupfloch“ zur Umgehung der Sanktionen erscheinen lässt.

Dies wird von Belgrad aber klar verneint. Vielmehr sind sich die Oppositionsparteien und die serbische Regierung einig, dass die politische Zukunft Serbiens in der EU liegt, die guten Beziehungen zu Russland jedoch beibehalten werden sollen.

### Kampf gegen die Korruption

Anfang Oktober wurde der neue EU-Fortschrittsbericht für Serbien vorgestellt. Die heikelsten Punkte bei den Beitrittsverhandlungen sind für Serbien Kapitel 23 und 24, also „Justiz und Grundrechte“ sowie „Sicherheit, Frei-

heit und Recht“. Diese Kapitel gelten als Grundlage für Rechtssicherheit und sind somit Voraussetzung für Investitionen und Wirtschaftswachstum.

Insbesondere im Hinblick auf Korruptionsbekämpfung war die Europäische Union kritisch.

Serbien hat die Empfehlungen der Group of States against corruption (GRECO) laut Fortschrittsbericht ernst genommen. Die Umsetzung der Strategie und ein Aktionsplan für 2013 bis 2018 müssen nun folgen. Ein effizientes System zur Überwachung und Umsetzung der Anti-Korruptions-Strategie sowie des Aktionsplans muss geschaffen werden. Daher wurden im August dieses Jahres Koordinierungsmechanismen eingeführt und ein Staatssekretär wurde für den Kampf gegen die Korruption bestellt.

Das Thema Korruption hat in Serbien bis heute eine wesentliche Rolle gespielt. Der serbische Premierminister Aleksandar Vučić hat verstanden, dass Korruption ein gesellschaftliches Problem darstellt. Durch die Einleitung von zahlreichen Ermittlungsverfahren gegen im Verdacht stehende serbische Vermögende sowie die Absetzung einiger Generaldirektoren aus großen Staatsunternehmen hat er klar gemacht, dass Korruptionsbekämpfung seitens der Regierung ernst genommen wird. Dies ist ein sehr wichtiges Signal.

### Privatisierung als wichtiger Schritt

Ein weiterer wichtiger Schritt für die Weiterentwicklung, den Annäherungsprozess beziehungsweise die Entlastung des Staatsbudgets war die Verabschiedung des neuen Privatisierungsgesetzes.

Im Portfolio der Privatisierungsagentur befinden sich 584 Unternehmen. Davon werden derzeit 161 restrukturiert. Das neue Gesetz sieht

vor, dass alle interessierten Partner und Investoren Programme zur Privatisierung und Strategien zur Restrukturierung einreichen können. Die sogenannte „strategische Partnerschaft“ soll als Modell für den Erwerb der Unternehmen dienen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass das serbische Grundbuch oft unrichtig eingetragene Eigentumsverhältnisse beinhaltet. Als erster Schritt wird nun das Grundbuch in das Immobilienkataster übernommen und einer eigenen Behörde unterstellt.

### Reformbedarf im Justizwesen

Die größte Herausforderung für Serbien besteht allerdings im Bereich des Justizwesens. Laut Fortschrittsbericht gibt es anhaltende Unterschiede in der Arbeitsbelastung unter den Richtern. Der Mangel an adäquaten Räumlichkeiten und Ausrüstung behindert noch immer die Effizienz der Justiz. Inkonsistenz in der Rechtsprechung ist vor allem bei den Berufungsgerichten vorhanden und stellt nach wie vor eine Herausforderung dar.

Zwar wurden einige Rechtsakte über örtliche Zuständigkeiten sowie die Organisation von Gerichten verabschiedet, trotzdem besteht weiterhin anhaltende Kritik seitens ausländischer Unternehmen, dass Verfahren und Vollstreckungen schleppend vorangehen. Dieses Bild muss durch Reformmaßnahmen beseitigt werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Serbiens politische Vergangenheit problematisch ist. Durch die gegebene politische Stabilität kann sich das Land aber nun auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren. Diese wird dann erfolgreich sein, wenn der EU-konforme Ausbau von Rechtsstaatlichkeit und „Good Governance“ (gute Regierungsführung) entschlossen fortgeführt wird.

\* Der Autor

Daniel Gros ist Regional Manager des SEE Desk bei Lansky, Ganzger & Partner Rechtsanwälte GmbH, Wien.